

GMB/071/0003/9

27/06/90



Barbara Simons
Mitglied
des Europäischen Parlaments

Europäisches Parlament
79-113, rue Belliard
B-1040 Brüssel
☎ (00 32-2) 2 34-36 49

Europäisches Parlament
Palais de l'Europe
F-67006 Straßburg
☎ (00 33-88) 37-55 96

Europabüro
Odeonstraße 15/16
D-3000 Hannover 1
☎ (05 11) 16 74-2 69

P R E S S E M I T T E I L U N G

Hannover, 27. Juni 1990
Nr.: 71/90

Barbara Simons MdEP: "Südafrika-Erklärung des Dubliner Gipfels ist zu begrüßen"

"Die Erklärung der EG-Staats- und Regierungschefs zur Lage in Südafrika ist zu begrüßen. Es ist richtig, daß die Europäische Gemeinschaft an ihren Sanktionen festhält und das Ziel ihrer Südafrika-Politik, nämlich die vollständige Abschaffung der Apartheid, und zwar ohne Verzögerung, bekräftigt hat", erklärte Barbara Simons (Hannover), Südafrika-Sprecherin der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament, zum Ausgang des Dubliner EG-Gipfels.

Die Erklärung von Dublin wertete die SPD-Politikerin als Anerkennung der besonnenen Politik von Nelson Mandela und des African National Congress. Schließlich sei es der ANC gewesen, der die Initiative für die Gespräche über Verhandlungen zur Beseitigung der Apartheid ergriffen hätte. Nelson Mandela habe auf seiner Europa-Reise mit großartigem Engagement und viel Überzeugungskraft um Unterstützung für einen friedlichen Wandel in Südafrika geworben.

"Die EG muß ihre Anti-Apartheid-Sanktionen fortsetzen, bis ein Abkommen über die Schaffung einer neuen Verfassungsordnung in Südafrika abgeschlossen ist, unter der alle Bürger in einer nicht-rassistischen, demokratischen Gesellschaft als Gleichberechtigte behandelt werden", betonte Barbara Simons. Sie wies ergänzend darauf hin, daß außerdem die positiven Maßnahmen verstärkt werden müßten. Die von den EG-Außenministern in Aussicht gestellte Erhöhung der EG-Mittel für das Sonderprogramm für die Opfer der Apartheid von derzeit 30 Millionen ECU auf 42 Millionen ECU im Jahr 1991 sei zu wenig. Das Europäische Parlament werde eine Verdoppelung der Mittel auf 60 Millionen ECU fordern, damit zusätzliche EG-Mittel für die aus dem Exil heimkehrenden Südafrikaner und für einen Treuhandfonds zur Unterstützung des Demokratisierungsprozesses in Südafrika zur Verfügung stehen würden, kündigte die SPD-Politikerin an.

---als